

## ***Die Rückkehr der Dynastie? Indien nach dem Wahlsieg der Kongresspartei***

Doris Hillger

Indiens Wählerschaft gab der *United Progressive Alliance* (UPA) unter der Führung der Kongresspartei in den Wahlen zur 15. *Lok Sabha*, dem Unterhaus des indischen Parlamentes, ein eindeutiges Mandat – entgegen aller Spekulationen über eine fortschreitende Fragmentierung des Parlamentes durch das erwartete Erstarken der Regionalparteien und eine daraus folgende Instabilität potenzieller Regierungskoalitionen.

### **Analyse:**

- Mit 206 von 543 Sitzen in der *Lok Sabha* hat die Kongresspartei ihre Führungsposition innerhalb der UPA (insgesamt 261 Sitze) deutlich gestärkt. Gleichzeitig hat das schlechte Abschneiden vieler Regionalparteien die Zahl der Koalitionspartner drastisch verringert, von 16 zu Beginn der letzten Legislaturperiode auf nunmehr 7 Parteien.
- Die *National Democratic Alliance* (NDA) als größte Oppositionsgruppierung hat gegenüber der letzten Wahl 26 Sitze eingebüßt. Der größte Verlierer war die *Bharatiya Janata Party* (BJP), die in 19 von 21 großen Bundesstaaten an Stimmen und damit 16 Sitze in der *Lok Sabha* verlor.
- Die Parteien der so genannten „*Third Front*“, eines Konglomerats aus linken und Regionalparteien, haben ebenfalls einen deutlichen Stimmenverlust zu verkraften, der fast ausschließlich auf dem miserablen Abschneiden der beiden kommunistischen Parteien zurückzuführen ist.
- In den Wahlergebnissen spiegelt sich eine fortschreitende Normalisierung demokratischer Prozesse auf nationaler Ebene und in vielen Bundesstaaten wider. In deren Folge hat sich die Aufmerksamkeit der Wählerschaft – trotz andauernder innerstaatlicher Konflikte und wachsender Angst vor islamistischem Terror – auf die Leistungsbilanz der regierenden Parteien konzentriert.

*Schlagwörter: Indien, Parlamentswahlen, Parteien, Regierungsbildung*

## 1. Wahlen in Indien: Ein Sechstel der Menschheit stimmt ab

Parlamentswahlen in Indien sind wohl das größte und logistisch aufwändigste demokratische Unterfangen der Welt. In fünf Wahlphasen zwischen dem 16. April und dem 13. Mai 2009 waren 714 Millionen Wahlberechtigte aufgefordert, in 828.000 Wahllokalen, verteilt über 543 Wahlkreise, ihre Stimme abzugeben.

Zur Wahl standen rund 4.600 Kandidaten, die *Election Commission of India* (ECI) registrierte 9 nationale, 47 regionale und 500 lokale Parteien.<sup>1</sup> Gewählt wird nach dem einfachen Mehrheitswahlrecht, bei dem der Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann, das Mandat erhält. Dies kann zu erheblichen Verzerrungen bei der Sitzverteilung im Parlament führen.

Obwohl die Wahlen mit Anschlägen maoistischer Gruppen in Bihar und Jharkhand begannen, denen 17 Menschen zum Opfer fielen, war der Verlauf insgesamt weitgehend friedlich. Unruhen in den Stammesgebieten im Distrikt Lalgah in Westbengalen überschatteten allerdings den Urnengang.<sup>2</sup>

Ein immens hohes Aufgebot an Sicherheitskräften war über die fünf Wahlphasen hinweg im Einsatz und verhinderte den vor allem in ländlichen Gebieten häufigen Diebstahl von Wahlurnen und die Besetzung von Wahllokalen.

Die Wahlbeteiligung lag bei durchschnittlich 60 %, in den einzelnen Bundesstaaten fluktuierte die Beteiligung allerdings erheblich. Am oberen Ende der Skala lagen die nordöstlichen Bundesstaaten mit zwischen 83 % und 90 % sowie die kommunistisch geprägten Bundesstaaten Kerala und Westbengalen, am unteren Ende rangierten die nordindischen Flächenstaaten Bihar und Uttar Pradesh mit 44 % bzw. 47 % Wahlbeteiligung.

Das Ergebnis der Wahlen zur 15. *Lok Sabha* wurde in den Medien einhellig als Rückkehr des Nationalen ins Zentrum der Politik, als Ausdruck des Wunsches der Wähler nach Stabilität und als Zustimmung zur Wirtschaftspolitik der alten und

neuen Regierung Singh gewertet. Das schlechte Abschneiden vieler der Koalitionspartner, welche die regierende *United Progressive Alliance* (UPA) während der letzten Legislaturperiode an den Rand der Handlungsunfähigkeit brachten, wird weithin als Absage der Wählerinnen und Wähler an die „Politik der Erpressung“ (*blackmail politics*) durch kleine Koalitionspartner gewertet. Die weitsichtige Führung des Kongresses durch Parteichefin Sonia Gandhi und der Aufbau ihres Sohnes Rahul zur Führungsfigur verleiten viele Kommentatoren bereits zum Vergleich mit der nationalen Ikone Indira Gandhi und ihrem Sohn Rajiv.

Obwohl der deutliche Wahlsieg der Regierungskoalition den meisten Prognosen widerspricht, gibt es einige Faktoren, die deutlich machen, dass der Wahlausgang zu erwarten war und eine Kontinuität mit den beiden vorangegangenen Parlamentswahlen bildet.

## 2. Parteien, Bündnisse und Wahlkampfstrategien

Koalitionsaussagen und Wahlabsprachen spielen im indischen Mehrparteiensystem eine entscheidende Rolle. Wahlabsprachen (*seat-sharing agreements*) verbessern die Chancen kleinerer Parteien, indem der größere Partner als Gegenleistung für die Koalitionsszusage darauf verzichtet, in bestimmten Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen.

Der Wahlkampf war geprägt von drei großen und einem kleinen Parteienbündnis, die jeweils in Opposition zueinander die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen hofften. Neben den beiden großen Verbänden, der *United Progressive Alliance* und der *National Democratic Alliance* (NDA), waren dies die *Third Front* und die *Fourth Front*.

Die UPA ging mit zwölf Bündnispartnern in den Wahlkampf, darunter neben der Kongresspartei drei von ehemaligen Kongressmitgliedern gegründete Regionalparteien (*Trinamool Congress*, *Kerala Congress* und *Nationalist Congress Party*), die *Dravida Munnetra Kazhagam* (DMK) aus Tamil Nadu, die *Jammu & Kashmir National Conference* (JKNC) und einige kleinere Parteien.

Die NDA ging mit 14 Bündnispartnern an den Start. Die BJP ist die stärkste Partei im Bunde, daneben sind zwei weitere überregionale Parteien, die *Janata Dal United* (JDU) und der *Rashtriya Lok Dal* (RLK), vertreten. Verschiedene Regionalparteien, darunter die faschistoide *Shiv Sena* aus Maharashtra, die *Shiromani Akali Dal* (SAD) aus dem Punjab und andere

1 Election Commission of India, <http://eci.nic.in>, abgerufen am 24.06.2009.

2 In Lalgah besetzte eine von Maoisten unterstützte Gruppe von Stammesangehörigen (*Tribal Committee against Police Atrocities*) verschiedene Polizeiwachen, um gegen willkürliche Übergriffe gegen Stammesangehörige im Rahmen der Verfolgung maoistischer Rebellengruppen zu protestieren. Der Konflikt eskalierte bis Mitte Juni und zog einen massiven antimaoistischen Einsatz von Soldaten nach sich, der die gesamte Region in den Ausnahmezustand versetzte und dazu führte, dass Flüchtlinge in die Nachbardistrikte strömten.

ehemals secessionistische Parteien aus den nordöstlichen Bundesstaaten, gehören ebenfalls der NDA an.

Daneben positionierten sich die Wahlbündnisse der *Third Front* und der *Fourth Front* als politische Alternativen. Die *Third Front* umfasst ein buntes Konglomerat von linken und Regionalparteien, darunter die *Bahujan Samaj Party* (BSP). Deren Parteivorsitzende und Ministerpräsidentin im Flächenstaat Uttar Pradesh, Mayawati, hatte im Vorfeld der Wahlen im Falle eines Sieges der *Third Front* Ansprüche auf den Posten der Premierministerin angemeldet. Weitere Bündnispartner sind die *Communist Party of India* (CPI) und die *Communist Party of India/Marxist* (CPM), die in Westbengalen und Kerala seit Jahrzehnten die Regierung führen, die *Biju Janata Dal* (BJD) des amtierenden Ministerpräsidenten des Bundesstaates Bihar, die *Telugu Desham Party* (TDP) aus Andhra Pradesh und die *Anna Dravida Munnetra Kazhagam* (ADMK) aus Tamil Nadu.

Die *Fourth Front* besteht maßgeblich aus der *Samajwadi Party* (SP), dem *Rashtriya Janata Dal* (RJD) und der *Lok Janshakti Party* (LJP), die sich zwar als nationale Parteien verstehen, ihrer Wählerbasis nach aber den Regionalparteien zuzuordnen sind. Die SP ist hauptsächlich in Uttar Pradesh stark, mobilisiert aber überregional Stimmen vor allem unter Muslimen. Die RJD wird fast ausschliesslich in Bihar gewählt, wo Parteichef Laloo Prasad Yadav über mehrere Legislaturperioden die Geschicke des Bundesstaates bestimmte – mit verheerender Bilanz für soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie innere Sicherheit. Die LJP, eine Abspaltung der JDU, ist ebenfalls vornehmlich in Bihar vertreten.

Kennzeichnend für Wahlbündnisse in Indien ist ihre rein strategische Ausrichtung und das meist fehlende gemeinsame politische Programm. Die einzige Ausnahme in dieser Hinsicht bildet die *Left Front*, die in Kerala und Westbengalen die Regierungen stellt und deren konstituierende Parteien ein gemeinsames Programm haben (dem sie allerdings in der Regierungspraxis nicht unbedingt gerecht werden). Da die *Left Front* sich in den Parlamentswahlen der *Third Front* anschloss, verspielte sie dieses politische Kapital.

Die Themen, mit denen die Parteien in den Wahlkampf zogen, unterschieden sich deutlich darin, welche Wählerschichten sie anzusprechen suchten. Hier lag der große Vorteil der Kongresspartei, die mit ihrer Ausrichtung auf die Probleme des „kleinen Mannes“ (*aam aadmi*) ihre erfolgreiche Strategie von 2004 fortsetzte, gestärkt durch die Erfolge der UPA-Regierung bei der Implementierung des „National

Rural Employment Guarantee Act“, des „Farmer Loan Waivers Act“ und des „Right to Information Act“. Die stringent betriebene Durchsetzung dieser Gesetze fand insbesondere bei den sozial und ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsschichten über die Bundesstaaten hinweg große Zustimmung.

Die BJP konzentrierte sich vornehmlich auf das Thema innere und äußere Sicherheit und machte das angebliche Versagen der Regierung im Umgang mit den Anschlägen vom 26. November 2008 in Mumbai zu ihrem zentralen Aufhänger im Wahlkampf. Zwar versuchte auch sie mit dem Schlagwort „inclusive growth“ rhetorisch von der in den Parlamentswahlen von 2004 desaströsen, auf die obere Mittelschicht zugeschnittenen „India-shining“-Agenda abzurücken und ihrem stark wirtschaftsliberalen Image einen sozialen Anstrich zu geben. Dies fand aber offenbar bei der Mehrheit der Wähler keine Resonanz, zumal es die UPA-Regierung war, hier in erster Linie die *Left-Front*-Parteien, die den Begriff in der politischen Debatte während der letzten Legislaturperiode geprägt hat.

Zudem trugen ein parteiinterner Streit um den geeigneten Anwärter auf das Amt des Premierministers im Falle eines Wahlsieges der NDA und die antimuslimischen Entgleisungen Varun Gandhis, Cousin Rahul Gandhis und abtrünniger Spross des Nehru-Gandhi-Clans, nicht zum Bild einer geschlossenen und regierungsfähigen Partei bei. Die Debatte um den Ministerpräsidenten von Gujarat, Narendra Modi, als potenziellen Ministerpräsidenten wurde von vielen als Affront gegen Parteichef L. K. Advani empfunden, der dessen Wahlkampf erheblich schwächte.

Die treibenden Kräfte der dritten Front, die *Bahujan Samaj Party* (BSP) und die kommunistischen Parteien, CPI und CPM, bauten ihren Wahlkampf hauptsächlich auf Regierungsschelte und der Aussicht auf die erste Dalit-Premierministerin, BSP-Parteichefin Mayawati, auf, transportierten aber wenig eigene Programmatik.

Die Parteien der *Fourth Front* hofften, als Vertreterinnen der beiden bevölkerungsstärksten Bundesstaaten, als Königsmacher fungieren zu können. Die große Mehrzahl der Regionalparteien allerdings führte einen auf ihren jeweiligen Bundesstaat zugeschnittenen Wahlkampf. Themen von nationaler Bedeutung wurden hier selten aufgegriffen. Dies zeigt, dass bundesstaatliche Politik die zentrale Referenzgröße auch für Wahlen auf nationaler Ebene ist. Den Erhebungen der *National Election Study* (NES 2009) zufolge war eines der wichtigsten Kriterien für die Wahlentscheidung, wie effektiv die populären

zentralstaatlichen Wohlfahrtsprogramme wie der bereits erwähnte „National Rural Employment Guarantee Act“ von den Landesregierungen umgesetzt worden waren.

### 3. Das Wahlergebnis: Comeback der Kongresspartei und der Nehru-Gandhi-Dynastie?

Eine Analyse der Stimmenanteile und des Abstimmungsverhaltens in den Bundesstaaten macht deutlich, dass die Kongresspartei mit marginalen Stimmenzuwächsen einen überproportionalen Zugewinn an Sitzen im Parlament erzielen konnte. Dies ist zum einen auf das Mehrheitswahlrecht zurückzuführen, da Kandidaten mit einfacher Mehrheit ein Mandat gewinnen können, unabhängig davon, wie hoch ihr Stimmenanteil ist. Zum anderen war die Parteienkonkurrenz in den Wahlkreisen stark und häufig fehlten Wahlabsprachen zwischen potenziellen Koalitionsparteien. Dies führte dazu, dass die Kongresspartei rechnerisch pro Prozentpunkt an Stimmenzuwachs einen Gewinn von 7,2 Sitzen in der *Lok Sabha* erzielen konnte.

Ausschlaggebend hierfür war das gute Abschneiden der Partei in den bevölkerungsreichen Flächenstaaten Uttar Pradesh (6,2 % Stimmenzuwachs) und Bihar (5 % Stimmenzuwachs), die mit 80 bzw. 40 Sitzen in der *Lok Sabha* vertreten sind. Auch in Andhra Pradesh errang die Partei 33 von 42 Sitzen, dies aufgrund des schlechten Abschneidens der *Telugu Desham Party* (TDP), der stärksten Regionalpartei, und fehlender Wahlabsprachen zwischen den kleineren Parteien und trotz eines Verlustes von 2,6 Prozentpunkten an Stimmen.

Eine unerwartet hohe Dividende erbrachte der Kongresspartei die Notwendigkeit, in einigen Bundesstaaten ohne Koalitionsaussage ins Rennen zu gehen, da sich einige Konkurrenten weigerten, Wahlbündnisse mit ihr einzugehen. Besonders die Parteien der *Fourth Front*, die *Samajwadi Party* in Uttar Pradesh sowie die *Rashtriya Janata Dal* und die *Lok Janshakti Party* in Bihar, hatten sich von der Kongresspartei distanziert und zwangen deren Kandidaten zu einem unabhängigen Wahlkampf, den vor allem Rahul Gandhi, der Sohn von Parteichefin Sonia Gandhi und Generalsekretär der Partei, in Uttar Pradesh fulminant gewann.

Des Weiteren profitierten die Kongresspartei und einige ihrer Bündnispartner in der UPA vom historisch schlechten Abschneiden der beiden kommunistischen Parteien in deren Hochburgen Westbengalen

und Kerala. In Westbengalen erreichte der *Trinamool Congress* unter der Führung der Parteiverteranin Mamata Banerjee einen deutlichen Sieg und bringt damit 19 Sitze in die Bilanz der UPA ein (neben den 9 Sitzen, die die Kongresspartei erringen konnte). In Kerala errang die Kongresspartei innerhalb des Bündnisses der *United Progressive Front* (UPF) 13 der 20 Sitze, die regierende *Left Democratic Front* hingegen nur 4 – eine schallende Ohrfeige für die Landesregierung.

Die NDA hingegen konnte in jenen Bundesstaaten Erfolge erzielen, in denen sie entweder selbst an der Landesregierung beteiligt ist und über eine hohe Wählerzustimmung verfügt oder in denen eine der koalierenden Regionalparteien landespolitisch hoch in der Wählergunst steht. Ersteres trifft namentlich in Chattisgarh, Karnataka und Himachal Pradesh zu. In Bihar profitierte die NDA vom Ansehen der Regierung Nitish Kumar (JDU). In ihren Hochburgen Gujarat, Maharashtra und Madhya Pradesh konnte die BJP die Mehrheit der errungenen Sitze zwar knapp verteidigen, verlor aber in Gujarat und Madhya Pradesh deutlich Stimmenanteile an die Kongresspartei.

Die Auswertung der relativen Stimmenanteile nach Parteien zeigt, dass die Kongresspartei im Grunde genommen nur in wenigen Bundesstaaten signifikant zugelegt hat.

Da dies jedoch bevölkerungsstarke Staaten wie Uttar Pradesh betrifft, konnte die Partei und die Koalition insgesamt, wie aus Tabelle 1 ersichtlich, überproportional viele Mandate gewinnen, so dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, die UPA habe flächendeckend „abgeräumt“.

Diese Wahrnehmung wurde forciert von dem Medienhype um die Person Rahul Gandhis, der bereits als *der* politische Führer der Zukunft gehandelt wird.

Kritische Beobachter betrachten diesen „Dynastie-Effekt“ mit Sorge, da er schon in der Vergangenheit die Partei dazu verleitet habe, Leistungsbewertung und innerparteiliche Auseinandersetzung gegen unkritischen Führungskult einzutauschen. Die rhetorische und intellektuelle Schwächung der Opposition durch das schlechte Abschneiden der kommunistischen Parteien trage zur Gefahr einer „Redynastisierung“ der Kongresspartei bei.

Bislang deutet der Verzicht auf Regierungsgämter durch Parteichefin Sonia Gandhi und Generalsekretär Rahul Gandhi, dem ein Posten im Kabinett angegliedert wurde, darauf hin, dass sie die Trennung zwischen Parteiführung und Regierung aufrechtzuer-

halten gedenken. Dies ist auch politisch opportun, denn die Verantwortung für ein etwaiges Regierungsversagen liegt bei Premierminister Manmohan Singh und fiel nicht automatisch auf die Parteispitze zurück.

**Tabelle 1: Ergebnis der Wahlen zur Lok Sabha von April/Mai 2009**

Partei	Zahl der Sitze	Unterschied zu den Wahlen 2004
<b>UPA</b>	<b>262</b>	<b>+79</b>
Congress	206	+61
Trinamool	19	+17
DMK	18	+2
NCP	9	0
JKNC	3	+1
JMM	2	-3
AIMIM	1	0
Andere	5	k.A.
<b>NDA</b>	<b>157</b>	<b>-15</b>
BJP	116	-22
JDU	20	+12
Shiv Sena	11	-1
RLD	5	+2
SAD	4	-4
AGP	1	-1
<b>Third Front</b>	<b>79</b>	<b>-22</b>
BSP	21	+2
CPM	16	-27
BJD	14	+3
ADMK	9	+9
TDP	6	+1
CPI	4	-6
JDS	3	0
AIFP	2	-1
RSP	2	-1
HJCBL	1	+1
MDMK	1	-3
<b>Fourth Front</b>	<b>26</b>	<b>-37</b>
SP	23	-13
RJD	3	-20
LJP	0	-4
<b>Andere</b>	<b>17</b>	<b>k.A.</b>
Unabhängige	8	+3
Randparteien	9	k.A.

Quelle: Election Commission of India, <http://ecireresults.nic.in/FrmPartyWiseTrendsAndResults.aspx> und [http://eci.nic.in/SR\\_KeyHighLights/LS\\_2004/ol\\_I\\_LS\\_2004.pdf](http://eci.nic.in/SR_KeyHighLights/LS_2004/ol_I_LS_2004.pdf).

Zudem genießt der amtierende Premier hohes Ansehen im In- und Ausland und bewies Standhaftigkeit in der Sache, als der Abschluss des Indo-US-Nuklearabkommens die Regierungskoalition zu sprengen drohte und Singh sich einem Misstrauensvotum stellen musste.

Sollte der gesundheitlich angeschlagene 76-jährige Premierminister jedoch seine zweite Amtszeit nicht zu Ende führen können, wäre ein Eintritt der Gandhis ins Kabinett aufgrund des zu erwartenden öffentlichen Drucks nicht unwahrscheinlich.

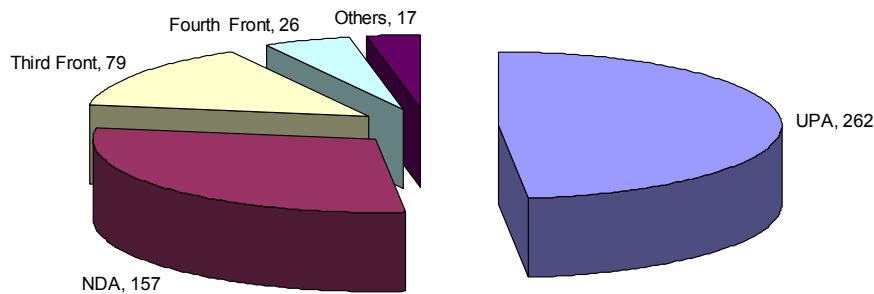
#### 4. Normalisierung des demokratischen Betriebs

Die Verteilung der Sitze in der Lok Sabha zeigt, dass das Wahlergebnis eine Stabilisierung der amtierenden Regierungskoalition und eine deutliche Schwächung der kasten- und gruppengestützten Parteien, insbesondere der BJP und der BSP, bedeutet. Dies signalisiert aber weder einen Bedeutungsverlust der Landespolitik gegenüber der nationalen Politik – die Wahlergebnisse in den Bundesstaaten zeigen deutlich den Bezug zur Regierungsleistung der jeweiligen Landesregierungen – noch ein Ende der „identity politics“.

Eine Umfrage im Zuge der *National Election Study* (NES 2009) belegt, dass der Großteil der Wählerschaft sich in erster Linie mit der Politik des Bundesstaates identifiziert und sich in seiner Leistungsbeurteilung sowohl an individuellen Interessen als auch an solchen der primären Identitätsgruppe, vorzugsweise der Kaste und/oder der religiösen Gemeinschaft, orientiert. Die Bereitschaft, *ausschließlich* nach Gruppenloyalität zu wählen, ist jedoch gesunken, und das Kriterium der Regierungsleistung gewinnt an Bedeutung. Dies erklärt, warum BSP-Chefin Mayawati in Uttar Pradesh deutliche Stimmenverluste hinnehmen musste, während Nitish Kumar (JDU) in Bihar und Naveen Patnaik (BJD) in Orissa, ebenfalls Produkte und Verfechter klientelbezogener „identity politics“, siegreich aus den Wahlen hervorgingen: Im Gegensatz zu Mayawati überzeugten sie mit spürbaren Verbesserungen für ihre Wählerklientel und den Schwerpunkten *good governance* und Regierungstransparenz.

Die Wählerinnen und Wähler beurteilten die Arbeit ihrer Regierungen vor allem auf den Gebieten ländliche Entwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Infrastruktur, Bildungsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung. Das sind genau die Bereiche, in denen große Teile Indiens noch rückständig sind und die

Abbildung 1: Verteilung der Sitze in der Lok Sabha



Quelle: Election Commission of India, <http://eciresults.nic.in/FrmPartyWiseTrendsAndResults.aspx>.

in den Wahlen der Vergangenheit kaum eine Rolle gespielt haben. Dies liegt vornehmlich daran, dass Parlamentswahlen in der Vergangenheit oftmals von einem stark polarisierenden Thema geprägt waren: in den 1990er Jahren von der Agenda des Hindu-nationalismus und der Auseinandersetzung um die Definition von Nation und Säkularismus, in den 1970er und 1980er Jahren vom Kampf um den Sturz Indira Gandhis und deren Rückkehr als Premierministerin.

Zwischen 1975 und 1999 befand sich das Land zudem politisch im ständigen Ausnahmezustand und war mit einer Reihe interner Konflikte und militanter Sezessionsbewegungen konfrontiert, deren ungenügende Handhabung letztlich sowohl Indira Gandhi als auch ihren Sohn und Nachfolger im Amt, Rajiv Gandhi, das Leben gekostet haben. Die 1990er Jahre waren gekennzeichnet von der Haushaltskrise und der daraus folgenden Wirtschaftsliberalisierung, von den interreligiösen Unruhen in der Folge der Ayodhya-Kampagne der BJP, die in der Zerstörung der Babri-Moschee mündete, und von instabilen Mehrheitsverhältnissen in der Lok Sabha, die dazu führten, dass die Bürgerinnen und Bürger zwischen 1992 und 1999 viermal ein neues Parlament wählen mussten.

Die von Atal Bihari Vajpayee (BJP) geführte NDA-Regierung (1999-2004) war somit die erste seit langer Zeit, die bis zum Ende einer Amtszeit durchhalten konnte. Die Wahlen von 2004 konsolidierten den Trend zur demokratischen Normalisierung – die Absage an die NDA rührte vor allem von deren Versagen her, die breite Masse am stetig steigenden Wirtschaftswachstum zu beteiligen und die staatliche Gesundheits- und Altersvorsorge sowie das Straßennetz und die Stromversorgung flächendeckend auszubauen.

Insofern stellt die Zustimmung zur Politik der Regierung Singh – auch wenn sie de facto weniger deutlich ausfällt als die Verteilung der Sitze in der Lok Sabha vermuten läßt – eine Kontinuität zu den vorangegangenen Wahlen dar. Sie bedeutet eine Schwerpunktsetzung der Wähler auf *good governance* und messbare Erfolge in der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

## 5. Aufgaben und Herausforderungen

Trotz ihres guten Abschneidens hat die UPA keine eigene Mehrheit in der Lok Sabha und ist damit weiterhin – wenn auch in erheblich kleinerem Umfang als bisher – auf die Stimmen der Parteien der Third Front und der Fourth Front angewiesen (siehe Abbildung 1).

Zwar haben sowohl die BSP als auch die BJD der Regierungskoalition als schwergewichtige Partner der Third Front ihre Unterstützung zugesichert; die letzte Legislaturperiode und das reihenweise Ausscheiden von Parteien aus der Koalition oder die Aufkündigung der Unterstützung haben jedoch deutlich gemacht, wie unzuverlässig solche Aussagen sind.

Die Hoffnung, dass die „Bestechungspolitik“ (*blackmail politics*) der kleinen Koalitionspartner künftig ein Ende haben wird, hat sich bereits im Zuge der Regierungsbildung zerschlagen. Jene Regionalparteien, die eine relativ hohe Zahl von Sitzen in die Koalition eingebracht hatten (insbesondere der *Trinamool Congress* und die *Dravida Munnetra Kazhagam*), erzwangen eine überproportional große Präsenz im neuen Kabinett, das aufgrund der zähen Verhandlungen mit den Koalitionspartnern erst mit einiger Verzögerung am 28. Mai vereidigt wurde.

Die neue Regierung, der neben regierungserfahrenen Kabinettsmitgliedern wie Pranab Mukherjee, P. Chidambaram, Veerappa Moily und Mamata Banerjee auch einige junge Mandatsträger angehören, hat schwierige Aufgaben vor sich. An erster Stelle steht auch für Indien die Bewältigung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, unter der hauptsächlich die kleinen und mittelständischen Unternehmen leiden und die das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2009 von vormals 9 % auf 5 % fallen ließ. In puncto innere Sicherheit stehen sowohl die Bekämpfung des islamistischen Terrors als auch der maoistischen Guerilla (Naxaliten) im so genannten „roten Gürtel“, der sich über Teile von Bihar, Westbengalen, Orissa, Chattisgarh, Jharkhand, Madhya Pradesh und Andhra Pradesh erstreckt, auf dem Programm der Regierung.

Im Mittelpunkt der Regierungserklärung des Premierministers vom 4. Juni steht jedoch zweifelsohne und in Fortsetzung der UPA-Agenda der letzten Legislaturperiode das Paradigma des inklusiven Wachstums. Die Fortführung und Ausweitung der Armutsbekämpfungsprogramme wird flankiert von ambitionierten Gesetzesvorlagen wie dem vorgeschlagenen „Food Security Act“ und der „Women’s Reservation Bill“, die in den Parlamenten der Bundesstaaten und in der *Lok Sabha* eine Frauenquote von 33 % und in den Panchayat-Institutionen eine Erhöhung der Frauenquote auf 50 % vorsieht. Darüber hinaus will die Regierung in den ersten hundert Tagen folgende Themen aufgreifen: den Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens, die Konsolidierung der bereits in der letzten Legislaturperiode eingeleiteten Wiederbelebung des Agrarsektors, den Ausbau öffentlicher Infrastruktur sowie eine umfassende Reform des Polizei- und Justizapparats.

So glaubhaft Premierminister Singh sein Programm vortragen mag und so ambitioniert vor allem die jungen Kabinettsmitglieder auch sein mögen, um die von der UPA angestrebten Reformen und Gesetzesinitiativen umzusetzen, ist die Regierung in erster Linie auf die Kooperationsbereitschaft der bundesstaatlichen Regierungen und ihrer Verwaltungen angewiesen. Sie sind es nach wie vor, welche die Entwicklung der Regionen maßgeblich bestimmen, und ihre Leistung zeichnet zum großen Teil verantwortlich für das immense Entwicklungsungleichgewicht, mit dem das Land immer noch zu kämpfen hat. Sollte sich der Trend zur Governance-orientierten Wahlentscheidung fortsetzen, stehen die Chancen für substanzielle Reformen und deren effektive Umsetzung weit besser als in den Jahrzehnten zuvor.

## Literatur

- Baru, Sanjaya (2009): Indian Elections 2009 – A Return to the Centre, ISAS Brief, Nr. 107, Institute of South Asian Studies, National University of Singapore, [www.isasnus.org/events/background\\_briefs/108.pdf](http://www.isasnus.org/events/background_briefs/108.pdf).
- Bidwai, Praful (2009): Reading the verdict, in: *Frontline*, 19.06.
- Ganguly, Sumit (2009): India in 2008. Domestic Turmoil and External Hopes, in: *Asian Survey*, Jg. XLIX, Nr. 1, Januar/Februar.
- Konrad Adenauer Stiftung (2009): Klarer Sieg der Kongresspartei bei den Parlamentswahlen in Indien, Länderbericht der KAS Indien, 19.05., [www.kas.de/proj/home/pub/38/1/year-2009/dokument\\_id-16534/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/38/1/year-2009/dokument_id-16534/index.html).
- Lokniti Programme for Comparative Democracy (2009): How India Voted, [www.lokniti.org/national\\_election\\_study2009.html](http://www.lokniti.org/national_election_study2009.html).
- Palshikar, Suhas (2009): Tentative Emergence of a New and Tentative Coalition?, in: *Economic and Political Weekly*, Jg. XLIV, Nr. 21, 23.05.
- Ramani, Srinivasan (2009): A Decisive Mandate, in: *Economic and Political Weekly*, Jg. XLIV, Nr. 21, 23.05.

## ■ Die Autorin

Doris Hillger promovierte am GIGA Institut für Asien-Studien zum Thema Bildungsgovernance in Indien. Zur Zeit leitet sie die Außenstelle des Südasien-Instituts und des Exzellenzclusters „Asia and Europe“ in Neu-Delhi.

E-Mail: [dhillger@sai.uni-heidelberg.de](mailto:dhillger@sai.uni-heidelberg.de), Website: [www.sai.uni-heidelberg.de/delhi/](http://www.sai.uni-heidelberg.de/delhi/).

## ■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Rahmen des Forschungsschwerpunktes 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im DFG-Projekt „Der Einfluss von Parteien, der alten und neuen Zivilgesellschaft auf die Beschäftigungs- und Sozialpolitik in Indien“ die Wechselwirkungen zwischen Parteiideologie und Regierungsleistung in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und der Einfluss zivilgesellschaftlicher Aktivität untersucht.

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2008): Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung in Indien, in: Grabow, Karsten/Köllner, Patrick (Hg.): Parteien und ihre Wähler. Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung im internationalen Vergleich, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin/Berlin, S. 123-148.  
Betz, Joachim (2006): Faktionalismus in indischen Parteien, in: Köllner, Patrick/Basedau, Matthias/Erdmann, Gero (Hg.): Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionalismus im internationalen Vergleich, Frankfurt am Main/New York, S. 275-301.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter [www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus) und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Andreas Ufen; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Vera Rathje  
Kontakt: [giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de); GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**G I G A** *Focus*  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM